



DER VORSITZENDE

Falko Liecke
Stadtrat für Jugend und Gesundheit
Stellv. Bezirksbürgermeister

Neukölln, 20. März 2018

PRESSEMITTEILUNG

Neukölln 2018: Was jetzt getan werden muss

Gemeinsam mit dem Neuköllner Stadtrat für Umwelt und Natur, Bernward Eberenz, der 2017 aus der „Alternative für Deutschland“ ausgetreten ist, hat der Kreisvorsitzende der CDU Neukölln und stellvertretende Bezirksbürgermeister die wichtigsten Punkte für Neukölln im Jahr 2018 vorgestellt. Bernward Eberenz hat zudem seinen Eintritt in die CDU Neukölln erklärt.

Stefan Evers, Mda, Generalsekretär der CDU Berlin: „Ich freue mich, Bezirksstadtrat Bernward Eberenz als neues Mitglied in der CDU Berlin willkommen heißen zu können. Ich habe ihn als konservativen und kritischen Geist kennen gelernt, der seine frühere Partei aus guten Gründen verlassen hat. Mit seinen Positionen wird er die innerparteiliche Debatte in der CDU beleben. Als lebendige, breit aufgestellte Volkspartei legen wir auf konservative Stimmen aus unserer Mitte großen Wert. Ich bin sicher, Herr Eberenz wird die Arbeit der CDU in Neukölln bereichern.“

Falko Liecke: „Mit Bernward Eberenz gewinnt die CDU Neukölln eine engagierte und über Parteigrenzen hinweg geachtete Persönlichkeit. Seine klare Haltung und sein Bekenntnis zu demokratischen Werten haben schon nach kurzer Zeit zu einer Entfremdung von seiner ehemaligen Partei geführt. In seiner Arbeit als Stadtrat für Umwelt und Natur hat er bisher ebenso umsichtiges wie entschiedenes Engagement für die Interessen der Neuköllnerinnen und Neuköllner gezeigt. Umso mehr ist Bernward Eberenz in der CDU Neukölln willkommen.“

Bernward Eberenz: „Staatspolitische Basics wie Sicherung der Staatsgrenzen, durchsetzen unserer Rechtsordnung, Einforderung von Gegentoleranz von denen, die von uns Toleranz erwarten, Schutz unserer Sozialsysteme vor überbordender Fremdinanspruchnahme und Einforderung von Bekenntnis zu unserem Gemeinwesen sind in den letzten Jahren zunehmend zu "rechtem Gedankengut" erklärt und diskreditiert worden. Es genügt in der politischen Debatte inzwischen, auf nationale Interessen oder kulturelle Gegenläufigkeiten zu verweisen oder bspw. islamkritische Fragen zu stellen, um daraufhin aus linksorientierten Kreisen umstandslos als Nationalist oder Rassist oder als islamfeindlich gebrandmarkt zu werden.

Es ist politisch wenig verantwortungsvoll, vor allem gefühlsselig und betroffenheitsdurchtränkt gegen jedes Elend der Welt angehen zu wollen. Es gilt auch, kraftvoll sich selbst und das eigene kulturelle wie politische Interesse zu empfinden und entschieden dafür einzutreten. Daher ist es m.E. dringendst erforderlich, dass Themen wie die angedeuteten wieder zentral zum Zuge kommen. Und das scheint mir auch im Gange zu sein: **Die Rückholung staatspolitischer Vernunft aus der vermeintlich rechten Ecke in die Mitte der Gesellschaft. Nur so kann einem Auseinanderfallen der Gesellschaft nach rechts und links, das sonst droht, erfolgreich entgegengewirkt werden.**

Ich habe den Eindruck gewonnen, dass eine solche Rückgewinnung, die ich als die Rückgewinnung des konservativen Kerns der CDU bezeichnen möchte, auch im Gange ist. Daher sehe ich TROTZ Groko einen Eintritt in die CDU als richtig an, um an dieser Rückholung politischer Vernunft in die Mitte der Gesellschaft mitzuwirken.“

Was jetzt getan werden muss: 13 Punkte für Neukölln

1. Obdachlosigkeit

Wenn Obdachlosigkeit das Bild unserer Straßen bestimmt, ist etwas schiefgelaufen. Es ist unsere Pflicht, hilfebedürftigen Menschen den grundlegendsten Schutz zu gewähren. Gleichzeitig müssen wir endlich auch diejenigen ernst nehmen, die sich durch öffentlichen Drogenkonsum und Verwahrlosung verunsichert fühlen. Armutsmigration ist nicht im Sinne der europäischen Freizügigkeit. Die neue Bundesregierung muss stärkeren Druck auf die europäischen Herkunftsländer ausüben. Deren Armutsprobleme können nicht in Deutschland gelöst werden. Hierzu benötigen wir zusätzliche Mittel für die Straßensozialarbeit aber auch die Rückführung dieser Menschen in ihre Herkunftsländer.

2. Drogenkriminalität

Wenn kleine Dealer geschnappt werden, deren Bosse aber ungestraft bleiben, wird es uns nicht gelingen, die Strukturen der Drogenkriminalität zu zerschlagen und das Geschäft der Clans zu stoppen. Die CDU Neukölln fordert dafür eine SoKo Opium bei der Berliner Polizei. Denn in keinem anderen Bezirk ist Opium ein so großes Problem wie in Neukölln.

Für suchtkranke Menschen brauchen wir flexible Angebote. Wir haben gute Ergebnisse mit unserem Drogenberatungs- und konsummobil, das ausgebaut werden muss. Einen festen Drogenkonsumraum in Neukölln lehnen wir ab, zumal es keine berlinweite Lageeinschätzung der „Szene“ gibt. Drogensüchtige Menschen brauchen Alternativen zum Konsum im öffentlichen Raum.

Fazit: die ausgestreckte Hand für suchtkranke Menschen, die geballte Faust gegen kriminelle Dealer.

3. Müll und Verwahrlosung

Jeder Neuköllner kann es sehen, wenn er auf die Straße tritt: Müll, Verwahrlosung und Vandalismus prägen mehr und mehr das Bild unseres Neuköllns und der ganzen Stadt. Gut 1/6 (rd. 4.200 Kubikmeter) der 24.000 Kubikmeter Müll berlinweit kommen aus Neukölln. Insgesamt kostet das 4 Mio.€ im Jahr.

Es reicht nicht, bunte PR-Kampagnen und Pressetermine zu machen. Die CDU Neukölln will einen handlungsfähigen Staat, der Ordnung auch durchsetzen kann. Was wir dazu brauchen ist ein personell verstärktes Ordnungsamt. Wir wollen 10 zusätzliche Müllermittler, die mit Video- und Fotobeweis und auch verdeckt ermitteln dürfen.

Die Beschäftigung privater Sicherheitsdienste zur Gewährleistung dieser staatlichen Aufgabe ist ineffektiv, unwirtschaftlich und dient lediglich der Profilierung Einzelner. Den jährlichen Kosten von 55.000€ stehen Bußgeldeinnahmen von 7.000€ gegenüber: Ein klares Missverhältnis.

4. Videoüberwachung

Videoüberwachung an kriminalitätsbelasteten Orten ist nicht nur am Alexanderplatz oder dem Kottbusser Tor richtig. Zehntausende Berlinerinnen und Berliner haben sich erst vor kurzem für den Einsatz intelligenter Videotechnik ausgesprochen. Auch das Berliner Bündnis für mehr Videoüberwachung von Heinz Buschkowsky und Thomas Heilmann unterstützen wir nachdrücklich.

In Neukölln müssen unter anderem die Hasenheide und die Bahnhöfe Neukölln, Hermannplatz und Hermannstraße von dieser Technik profitieren. An diesen kriminalitätsbelasteten Orten müssen unsere Sicherheitsbehörden durchgreifen und sich auf die technische Unterstützung verlassen können.

5. Kitaplätze und Fachkräftebezahlung

Neuköllner Familien haben ein Recht auf einen Kitaplatz. Was so einfach klingt, bringt unsere Stadt in vielen Fällen an den Rand der Belastungsgrenze. Der Weg unseres Nachbarbezirkes, Betreuungsplätze nur noch für die eigenen Einwohner zur Verfügung zu stellen, ist falsch. Er setzt nicht an der Ursache, sondern am Symptom an.

Allein der Bau von Kitas, wie es der Senat immer wieder vorschiebt, löst das Problem nicht. Denn die Ursache für den immer stärker spürbaren Platzmangel ist ein anderer. Allein in Neukölln könnten wir fast 1.000 (!) Kitaplätze schaffen, ohne auch nur einen einzigen Stein zu mauern. Aber es fehlen die Fachkräfte. Überbelegungen oder fachfremdes Personal ohne pädagogische Ausbildung (z.B. Therapeuten o.ä.), wie von der Jugendsenatorin vorgeschlagen, sind keine Lösung.

Dazu brauchen wir eine bessere Bezahlung für gute Fachkräfte. Zuschüsse für die Ausbildung von Erziehern und weitere Zulagen, z.B. für die Arbeit in Brennpunkten sind ein erster Schritt. Der Senat hat in den letzten Jahren viel zu wenig getan und das Problem sehenden Auges größer werden lassen. Das alles geht jetzt zu Lasten der Neuköllner Familien und Kinder.

6. Gewalt und Mobbing

Schulen waren noch nie ganz frei von Auseinandersetzungen. Allzu oft treffen aber importierte kulturelle Konflikte aus den Heimatländern auf Machtgehabe und Selbstfindungsprobleme von Jugendlichen. Wenn auf deutschen Schulhöfen Juden wegen ihrer Religion angegriffen und deutsche Kinder als "Kartoffel" verunglimpft werden, ist die Grenze jeglicher Toleranz weit überschritten.

Aber es kommen auch andere Formen der Herabwürdigung dazu. Digitales Mobbing ist für viele Kinder trauriger Alltag. Es kann zu Depressionen, Leistungsabfall und Selbstmord führen. Da dürfen wir nicht wegsehen.

Die CDU Neukölln möchte ein eigenes Jugendgerichtshaus für unser Neukölln, in dem auf solche Vorfälle schnell, sensibel und kompetent reagiert werden kann. Und zwar auch mit deutlichen Sanktionen, falls nötig. Staatsanwaltschaft, Richter, die Jugendgerichtshilfe und die Polizei sollen gemeinsam mit den Beteiligten unmittelbar auf solche Fälle reagieren und Grenzen aufzeigen, „damit die Strafe auf den Fuß folgt“.

Wir brauchen aber auch eine andere Ansprache der Kinder und Jugendlichen. Carsten Stahl z.B. hat bereits eindrucksvoll gezeigt, wie ein authentisches und bestimmtes Auftreten Prozesse in ganzen Schulklassen anstoßen kann. Diese teilweise harte Ansprache brauchen wir, um die Kinder zu erreichen. Sie sind eine notwendige Ergänzung dauerhafter pädagogischer Unterstützung.

7. Organisierte und Clankriminalität

Kriminelle Großfamilien gehören nicht zu unserem Neukölln. Alle Behörden müssen gemeinsam gegen Clans, organisierte Kriminalität und Paralleljustiz vorgehen. Der Senat muss dazu endlich ein landesweites Clan-Konzept vorlegen.

Gleichzeitig muss unsere Polizei in die Lage versetzt werden, schnell und hart gegen kriminelle Banden vorzugehen. Dazu braucht es mehr Beamte auf unseren Straßen, moderne Ausrüstung und eine Führung, die im Sinne der Männer und Frauen auf der Straße arbeitet.

Allein das harte Durchgreifen auf der Straße reicht aber schon lange nicht mehr aus. Arabische Familienclans nutzen die Schwächen des Staates rücksichtslos aus. Sei es im Jobcenter, Sozialamt oder bei der Unterbringung von Flüchtlingen: sie nehmen, was sie kriegen können. Wir brauchen daher eine abgestimmte Strategie, die auch Vermögensabschöpfung noch mehr in den Mittelpunkt rückt.

8. Klinikum Neukölln

Unser Vivantes Klinikum Neukölln ist eines der größten und wichtigsten Krankenhäuser dieser Stadt. 1.200 Betten, über 125.000 Patienten im Jahr, 20 Fachabteilungen, ein Mutter-Kind-Zentrum und Deutschlands zweitgrößte Geburtsklinik.

Aber das Hauptgebäude ist über 30 Jahre alt. Eine Sanierung ist lange überfällig und wurde unter der Regierungsbeteiligung der CDU endlich angeschoben. Was wir auch brauchen ist eine Entlastung der Rettungsstelle. Viele Patienten, die die Rettungsstelle aufsuchen sind keine Notfälle, müssen aber natürlich dennoch untersucht werden. Mit Portalpraxen können wir hier für Entlastung sorgen. Die CDU Neukölln setzt sich dafür ein, dass auch in Neukölln eine solche Notdienstpraxis durch die Kassenärztliche Vereinigung eingerichtet wird.

Berlinweit sind wir es den engagierten Menschen in den Kliniken schuldig, endlich einen angemessenen Personalschlüssel zu ermöglichen. Das könnte der Senat von heute auf morgen tun! Es reicht nicht, hier auf Absprachen mit anderen Bundesländern oder den Krankenkassen zu verweisen.

9. Extremismus (Links, Rechts, Islamisten)

Gerade erst haben wir erlebt, dass zivilgesellschaftliche Gruppen von Extremisten unterwandert werden. Vor dieser Strategie – gerade von Linksextremisten – warnt der Berliner Verfassungsschutz bereits seit Jahren. Alle Beteiligten müssen das ernst

nehmen, um einen glaubwürdigen Kampf gegen alle Formen des Extremismus zu ermöglichen.

Neukölln muss sich weiterhin konsequent und deutlich gegen den menschenverachtenden Rechtsextremismus wehren. Anschläge auf engagierte Neuköllnerinnen und Neuköllner sind mit nichts zu rechtfertigen.

Auch islamischem Extremismus muss entschieden entgegengetreten werden. Mit radikalen Moscheen und Vereinen kann es keine Zusammenarbeit geben. Über Grund- und Menschenrechte und über unser gemeinsames Werteverständnis kann es keine Verhandlungen geben. Dazu gehört endlich das Verbot des Trägervereins der Al-Nur-Moschee und der Entzug der Gemeinnützigkeit. Hier ist bisher nichts passiert.

Die Beibehaltung des Neutralitätsgesetzes ist für uns entscheidend. Das Symbol der religiösen und kulturellen Unterdrückung der Frau ist im Staatsdienst vollständig und unmissverständlich zu verbieten.

Das von der SPD im Abgeordnetenhaus angestoßene Verfahren, Staatsverträge mit muslimischen Verbänden einzugehen, lehnen wir ab.

10. Wohnungsbau

Das Ausspielen von Innenstadt und Außenbezirken in Fragen des Wohnungsbaus muss ein Ende haben. Der dringend benötigte Wohnungsbau in Neukölln und der ganzen Stadt wird durch Irreführungen und Falschinformationen durch den Senat dauerhaft gefährdet.

Die CDU Neukölln fordert eine angemessene Bebauung der Buckower Felder mit einer echten Berliner Mischung. Wir wollen kein neues Ghetto an der Stadtgrenze mit fast 1.000 Wohnungen, sondern ein lebenswertes Quartier. Dazu brauchen wir soziale Infrastruktur (Jugendfreizeit und Kita) und ein ernst gemeintes Verkehrskonzept.

Die Randbebauung des Tempelhofer Feldes muss neu gedacht werden. Eine komplette Bebauung des Feldes lehnen wir ab.

11. Lebenswertes Neukölln

Grün- und Freiflächen gerade innerhalb der dichtbesiedelten Quartiere in Nordneukölln dienen als Rückzugs- und Lebensräume für Tiere und Pflanzen, wirken sich günstig auf das Binnenklima aus und sind als Naherholungs- und Begegnungsräume auch von hohem sozialem Wert. Daher setzen wir uns für den Erhalt unseres Stadtgrüns ein. Grundsätzlich sind Wohnungsbau einerseits und Erhalt und sogar Aufwertung von Grün- und Freiflächen andererseits immer zusammen zu betrachten und nicht gegeneinander auszuspielen. Für Neukölln gilt, was dieses Thema angeht, besondere Aufmerksamkeit dem ehemaligen RIAS-Gelände und einigen Friedhofsflächen in Nordneukölln.

Die Landwirtschaft in unserem Neukölln bietet wichtige Freizeit-, Erholungs- und Lehrangebote. Wir wollen die landwirtschaftlichen Betriebe in unserem Neukölln erhalten und fördern.

Neukölln ist der Berliner Bezirk mit der größten Fläche an Kleingartenanlagen in Berlin. Wir wollen diese Vielfalt und Lebensqualität bewahren und setzen uns für den Erhalt von Kleingärten in Neukölln ein.

12. Verlängerung U7

Die Verlängerung der U-Bahnlinie 7 bis zum Flughafen BER mit einem Halt im Frauenviertel ist seit mehr als 15 Jahren eine Kernforderung der Neuköllner CDU. Nachdem vor kurzem auch die Neuköllner Sozialdemokraten die Notwendigkeit erkannt haben, steht Neukölln erstmals geschlossen hinter diesem wichtigen Verkehrsprojekt für den Bezirk.

Das Thema ist aber zu wichtig, um es für Fototermine und Presseaktionen zu missbrauchen. Wir wollen dieses Projekt gemeinsam mit allen anderen politischen Kräften im Bezirk auf Landesebene durchsetzen.

13. Straßenverkehr

Alle Verkehrsarten haben ihren Platz in Neukölln. Nur die Kombination von Auto, Rad, Bus und Bahn sorgt für gute Mobilität in unserem Neukölln. Das Ausspielen der verschiedenen Verkehrsarten gegeneinander muss ein Ende haben.

Wir wollen sicheren Fahrradverkehr stärken und fordern die Erprobung von Fahrradstraßen parallel zu Hauptverkehrsstraßen sowie mehr Fahrradparkplätze an den U- und S-Bahnhöfen. Fahrrad und Autoverkehr sollen in viel befahrenen Gebieten - wenn möglich - getrennt werden.

An den S- und U-Bahnhöfen sollen mehr P&R Parkplätze gebaut werden, damit der öffentliche Nahverkehr noch attraktiver für Fahrten in die Innenstadt wird.

Der Ringschluss der A100 zur Entlastung der Innenstadt soll zügig gebaut werden. Die Planungen sind unverzüglich zu beginnen um einen schnellen Baustart zu gewährleisten.

Eine Parkraumbewirtschaftung für Neukölln, wie es die SPD fordert, lehnen wir ab. Sie löst keine Probleme, sondern bindet Ressourcen unserer Ordnungsbehörden, die wir im Kampf gegen Müll, Verwahrlosung und Kriminalität brauchen.